

PRESSEMITTEILUNG

Iris Janßen
Geschäftsführerin
Landes-Arbeitsgemeinschaft
der freien Wohlfahrtsverbände
Schleswig-Holstein e.V.

Falckstraße 9, 24103 Kiel
T: 0431- 33 60 75
iris.janssen@lag-sh.de

Heiko Naß
Vorsitzender

Kiel, 31.03.2026

PRESSEMITTEILUNG

Wohlfahrtsverbände kritisieren Rückführungsankündigung des Kanzlers als „populistisch und fahrlässig“

Die Wohlfahrtsverbände in Schleswig-Holstein bewerten die Ankündigung von Bundeskanzler Friedrich Merz kritisch, rund 80 Prozent der in Deutschland lebenden Syrerinnen und Syrer in ihre Heimat zurückzuschicken. Anlass sind Äußerungen des Kanzlers im Zusammenhang mit Gesprächen über den Wiederaufbau Syriens. Die Verbände warnen vor populistischen Vereinfachungen und verweisen auf die humanitären, gesellschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Folgen eines solchen Vorstoßes.

Die Debatte bewege sich „irgendwo zwischen Populismus und Fahrlässigkeit“, erklärt Michael Selck (AWO), Koordinator des gemeinsamen Fachausschusses Migration der Wohlfahrtsverbände. Besonders irritierend sei die Art und Weise, wie über Menschen gesprochen werde: „Die unreflektierte Verbreitung der Zahl von 80 Prozent wirkt wenig sachlich und vielmehr wie eine populistische Bewertung. Hier entsteht der Eindruck, als ginge es um eine steuerbare Größe – um eine Verfügungsmasse, die sich politisch hin- und herschieben lässt. Die Reduktion von Menschen auf Prozentzahlen und Zielmarken wird ihrer Lebensrealität in keiner Weise gerecht.“

Rund eine Million syrische Staatsangehörige leben in Deutschland. Viele von ihnen sind seit Jahren hier, arbeiten, haben Familien gegründet und sind Teil der Gesellschaft geworden. Ihre Kinder besuchen Schulen und wachsen in einem stabilen Umfeld auf. Eine pauschale Rückkehrdebatte blendet diese Lebensrealitäten aus.

Nachhaltige Rückkehr setzt Freiwilligkeit, Sicherheit und reale Perspektiven im Herkunftsland voraus – Bedingungen, die in Syrien vielerorts nicht gegeben sind. Pauschale Zielmarken erzeugen stattdessen Unsicherheit. Freiwillige Rückkehrprogramme können sinnvoll sein, wenn sie individuell gestaltet sind und echte Perspektiven eröffnen. Die aktuelle Diskussion vermittelt jedoch ein anderes Bild: den Versuch, komplexe gesellschaftliche Realitäten durch einfache politische Zielzahlen zu ersetzen.

Auch die Ankündigung der Bundesregierung, zur Umsetzung des Rückführungsziels eine Task-Force einzurichten, stößt auf deutliche Kritik. Selck hält das für den falschen Schwerpunkt: „Die Bundesregierung investiert viel Energie, um Menschen aus Deutschland zu drängen. Sie sollte diese Kraft lieber dafür nutzen, diejenigen zu unterstützen, die hier leben wollen und die wir hier brauchen.“